

Arbeitspapier/Dokumentation

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 5/2001
Viola Neu

SPD und PDS auf Bundesebene: Koalitionspartner im Wartestand?

Sankt Augustin, Februar 2001

Ansprechpartner: Dr. Stephan Eisel
Leiter der Hauptabteilung
„Innenpolitik und Soziale Marktwirtschaft“
Telefon: 0 22 41/246-630
E-Mail: stephan.eisel@kas.de

Viola Neu
Team „Politische Kommunikation, Parteien- und
Meinungsforschung“
Telefon: 0 22 41/246-249
E-Mail: viola.neu@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

1. Einleitung

Die politischen Annäherungen zwischen PDS und SPD erleben seit dem Sommer 2000 erneut mediale Öffentlichkeit¹. Doch hat sich die Diskussion nur graduell verlagert. Dass die PDS auf Länderebene für die SPD ein willkommener Koalitionspartner ist, dürfte niemand mehr hinterfragen. Die Frage, ob es auch auf Bundesebene zu Koalitionen kommen kann, hat zwei Aspekte. Zum einen den „arithmetischen“, der sich mit dem rechnerischen Zustandekommen einer Koalition auseinandersetzt und die Wirkungen von Koalitionsaussagen auf Wählerebene zu berücksichtigen sucht. Zum anderen einen strategisch-inhaltlichen Aspekt, der das Streben der Parteien nach Machterhalt oder Machterwerb berücksichtigt. In der folgenden Analyse soll vor allem den Strategien von SPD und PDS nachgegangen werden und überlegt werden, wie wahrscheinlich Koalitionen auf Bundesebene sind.

2. Wandel durch Annäherung: Die Entwicklung der strategischen Optionen der SPD

Die Frage, ob die SPD bzw. eine rot-grüne Regierung ein Linksbündnis mit der PDS eingehen wird, um eine CDU-geführte Regierung abzulösen oder zu verhindern, stand seit 1994 im Zentrum der politischen Debatten in der Bundesrepublik. Für die SPD liegt der Anreiz für Bündnisse mit der PDS darin, dass sich ihre Chancen auf Regieren durch eine Option erweitern. Die SPD ist damit die einzige Partei, die mit allen Parteien – außer der extremen Rechten – koalitionsfähig ist. Problematisch und bis auf weiteres unkalkulierbar ist, ob die SPD zukünftig mit einer offenen Koalitionsaussage auf Bundesebene zugunsten der PDS Wahlchancen einbüßt, da ein Teil der sozialdemokratischen Stammwählerschaft und der gemäßigten Wechselwählerschaft unter diesen Voraussetzungen der SPD die Gefolgschaft verweigern könnte. Koalitionen mit der PDS bergen somit Chancen und Risiken zugleich.

Die strategischen Überlegungen und das taktische Verhalten der SPD zur PDS schwankten schon lange zwischen Umarmung und Bekämpfung, zwischen Abgrenzung und Kooperation. Die SPD-Doppelstrategie hat bislang keinen Erfolg gehabt. Weder ist es der Partei gelungen, die PDS in den neuen Ländern entscheidend zu schwächen (Stichwort: Entzauberung), noch konnte sie ihre eigene soziale Basis zu Lasten der PDS deutlich verbreitern.

Bislang ist es der SPD jedoch gelungen, auf der Klaviatur der Annäherung und Distanz zur PDS erfolgreich zu spielen. Zur Erinnerung: Zunehmender öffentlicher Druck während des Bundestagswahlkampfes 1994 zwang die SPD-Spitze zu einer Klärung, wie sie sich gegenüber der PDS nach der Wahl verhalten werde. Dies führte zu der heftig umstrittenen „Dresdner

¹ vgl. Jürgen Hoffmann/Viola Neu: Getrennt agieren, vereint marschieren? Die Diskussion über ein Linksbündnis bei SPD, Grünen und der PDS, Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.); Interne Studien Nr. 162/1998, St. Augustin, 1998

Erklärung“ (11.8.1994), in der die SPD Koalitionen mit der PDS ausschloss. In der Dresdner Erklärung begründete die SPD die Unmöglichkeit von Koalitionen damit, dass die „PDS vor allem die veraltete und überalterte Partei der ehemaligen Staatsfunktionäre“ sei, „die keinen sauberen Trennungsstrich zu ihrer SED-Vergangenheit gezogen hat,“. Die Lebensdauer der Dresdner Erklärung war allerdings begrenzt, auf breite Akzeptanz innerhalb der Ost-SPD ist sie ohnehin nicht gestoßen². Zudem stand die Glaubwürdigkeit aufgrund der Tolerierung der SPD-Grünen- Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt seit dem Sommer 1994 auf dem Prüfstand. Nachdem auch 1998 eine erneute Tolerierung der SPD-Minderheitenregierung von der PDS beschlossen wurde und spätestens seit sich 1998 die erste SPD-PDS-Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern gebildet hat, ist die Frage, ob die SPD zu Koalitionen mit der PDS bereit ist, überholt.

Doch die erste Koalition auf Länderebene kam nicht unerwartet und nicht überraschend. Spätestens seit 1994 begannen sich PDS und SPD auf Koalitionen vorzubereiten. Der PDS, die bis dahin aufgrund ihrer diktatorischen Vergangenheit und dem mehr als zweifelhaften Bruch mit ihrer Geschichte auch für die SPD als nicht koalitionsfähig galt, wurde durch das sachsen-anhaltinische Tolerierungsmodell zum ersten mal die Möglichkeit gegeben, aus ihrer politischen Randstellung herauszukommen. Die Landtagswahl vom 26. Juni 1994 in Sachsen-Anhalt hatte weitreichende Folgen für das deutsche Parteiensystem. Die Entscheidung von SPD und Grünen, die von beiden Parteien gebildete Minderheitsregierung durch die PDS tolerieren zu lassen, führte dazu, dass die SED-Nachfolgerin erstmals nicht nur parlamentarische Opposition war, sondern auf die Gestaltung des Regierungshandelns Einfluss nehmen konnte, ohne dafür politisch zur Verantwortung gezogen zu werden. Im Mai 1998 einigten sich SPD und PDS - diesmal ohne das klar an der Fünf-Prozent-Hürde gescheiterte Bündnis 90/Die Grünen - darauf, das Magdeburger Experiment fortzusetzen.

Die Abgrenzungsbemühungen der SPD gegenüber der PDS waren schon früh mehr als halbherzig. In einem Brief an Rudolf Scharping hatte Thierse schon 1994 geäußert, dass die PDS auf kommunaler Ebene „als Partner unvermeidbar sei. Sie agiert dabei sachlich, pragmatisch, bürgernah mit Dienstleistungscharakter.“³ In einem internen Thesenpapier schlug er als Strategie der SPD vor, lediglich aus taktischen Gründen im Wahlkampf keinen Zweifel daran zu lassen, dass es „keine Zusammenarbeit mit der PDS zur Ablösung der jetzigen Bundesregierung geben“ werde. Gleichzeitig räumte er aber ein, dass die „SPD [...] in Ostdeutschland einer Zusammenarbeit mit der PDS nicht ausweichen“ könne.⁴

Insgesamt sind die Repräsentanten der SPD in den neuen Ländern schon früh von der - damals noch offiziellen – Abgrenzungslinie abgewichen. So hat Harald Ringstorff schon vor seiner

² Die Tageszeitung, 9.1.1997.

³ dpa 24.6.1994.

⁴ Frankfurter Rundschau, 19.12.1996.

späteren Wahl als Ministerpräsident mit den Stimmen der PDS (1994 Wirtschaftsminister in der großen Koalition in Mecklenburg-Vorpommern) regelmäßig mit der PDS kokettiert. So sagte er schon 1994, dass „die Wahl eines Ministerpräsidenten Ringstorff auch mit Stimmen der PDS [...] nicht ausgeschlossen“⁵ sei. Unterstützung fand er bei Franz Müntefering, welcher der SPD in Mecklenburg-Vorpommern zugesichert hat, sich nicht in die Pläne der Landespartei einmischen zu wollen.⁶ Zwar behauptete er, dass Kooperationen angesichts der ungeklärten demokratischen Haltung der PDS „nicht akzeptabel“⁷ seien, billigte der Tolerierung in Sachsen-Anhalt jedoch Modellcharakter zu.⁸

Ministerpräsident Höppner hat anfangs zwar verneint, dass Koalitionen mit der PDS für ihn ein Thema seien, er ließ sich aber während seiner ersten Amtsperiode ein Hintertürchen offen, indem er Koalitionen von innerparteilichen Veränderungen der PDS abhängig machte.⁹ Je näher die Landtagswahl 1998 rückte, desto besser fiel die Bewertung des „stillen Teilhabers“ an der Regierung aus. So bescheinigte Höppner der PDS landespolitische Berechenbarkeit: „Die PDS hat ihr Wort gehalten, die Regierung bei der Umsetzung ihrer Koalitionsvereinbarung zu stützen. Sie hat sich insofern als verlässlich auch im letzten Jahr erwiesen.“¹⁰ Auch in Brandenburg spielten machtpolitische Überlegungen mit der PDS schon lange eine Rolle.¹¹

Doch auch unabhängig von der Länderebene, werden auch auf bundespolitischer Ebene schon seit Jahren Koalitionsgedankenspiele angestellt. Dass Gerhard Schröder jetzt zu den Motoren einer potentiellen Koalition auf Bundesebene gehört, ist keineswegs überraschend. Als SPD-Kanzlerkandidat und Ministerpräsident von Niedersachsen signalisierte er frühzeitig, dass er eine Zusammenarbeit mit der PDS, sei es in Form einer Koalition oder einer Tolerierung, nicht von vornherein ausschließe.¹² Zudem billigte er, wie auch der Bundesgeschäftsführer Müntefering, den Landesverbänden eigene Entscheidungsmöglichkeiten zu.¹³ Schröders Kurs war anfangs noch von einer Doppelgleisigkeit geprägt, die alle Machtoptionen offen hielt. Einerseits zählte er die PDS nicht zu den „Unberührbaren“ und hielt „Ab- und Ausgrenzung für falsch“.¹⁴ Andererseits hielt er eine rot-grüne Koalition mit Duldung der PDS auf Bundesebene für unvorstellbar.¹⁵ Erst nachdem er als SPD-Kanzlerkandidat nominiert war, begab sich Schröder gegenüber der PDS auf einen klaren Abgrenzungskurs, den er nach seiner Wahl als

⁵ ddp, 18.10.1994.

⁶ Die Welt, 11.3.1996.

⁷ Neue Osnabrücker Zeitung, 23.7.1996.

⁸ Süddeutsche Zeitung, 16./17.5.1998.

⁹ Mitteldeutsche Zeitung, 16.1.1996.

¹⁰ dpa, 23.12.1996. Vgl. auch Süddeutsche Zeitung, 5.12.1997. Dort wird Hans-Jochen Tschiche, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Grüne mit der Aussage zitiert, dass das Magdeburger Modell „der Pakt mit dem Teufel“ sei, nur „dass der Teufel ziemlich zuverlässig ist“.

¹¹ Vgl. auch dpa, 29.4.1998. In dem Artikel wird die PDS als akzeptierter Partner der SPD dargestellt.

¹² Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.6.1994.

¹³ dpa, 25.7.1996.

¹⁴ vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.8.1996.

¹⁵ dpa, 3.8.1996.

Bundeskanzler wieder peu a peu aufgab. Der innerparteiliche Widerstand gegenüber der Annäherung an die PDS ist hingegen im wesentlichen auf die Gründungsmitglieder der Sozialdemokratischen Partei (SDP) in den neuen Ländern begrenzt, die aus der Opposition zur SED heraus politisch aktiv wurden. Zu den wenigen prominenten Gegnern von Koalitionen zählen Stephan Hilsberg (MdB) und Markus Meckel (MdB, letzter Außenminister der DDR).

3. Wandel der Koalitionsstrategie der PDS

Die Koalitionsstrategie der PDS unterlag von 1994 bis 1997 einem deutlichen Wandel. Während die PDS bis 1994 die Bündnisfrage in den Hintergrund gedrängt hatte, gewann sie nach den Erfolgen des Wahljahrs 1994 mehr und mehr an Bedeutung für die Partei.

Die PDS hat auf dem Weg in die Regierungsverantwortung zwei Hindernisse zu überwinden: Sie kämpft einerseits gegen die Stigmatisierung und für Akzeptanz im parteipolitisch linken Lager. Andererseits weht ihr aus den Reihen der innerparteilichen Fundamentalopposition ein strenger Wind ins Gesicht. Allerdings spricht alles dafür, dass es der PDS mittlerweile gelungen ist, die innerparteilichen Kritiker zur Akzeptanz des Kurses „erst einmal in Verantwortung kommen und dann das System verändern“ zu bewegen. Diese rein taktisch motivierte Akzeptanz der Integration in das demokratische System brachte Christa Luft auf den Nenner, dass sie sich dafür einsetze, „was jetzt und heute machbar ist, ohne das große Ziel aus dem Auge zu verlieren“¹⁶.

Der innerparteiliche Konsens der PDS wurde bis 1994 überwiegend vom Selbstverständnis als Oppositionspartei getragen. Unter dem Motto „Veränderung beginnt mit Opposition“ bestritt die PDS ihre 1994er Wahlkämpfe. Dieser Konsens wurde allerdings spätestens 1994 brüchig, als die PDS sowohl aus den Landtagswahlen als auch aus der Bundestags- und Europawahl deutlich gestärkt hervorging. Das neue Selbstbewusstsein, das durch das Magdeburger Tolerierungsmodell deutlichen Auftrieb erhalten hatte, äußerte sich in immer klarer werdenden Avancen an die SPD, was letztlich zur Aufkündigung des ehemaligen Oppositionsverständnisses führte.

Die PDS führte die Parteibasis auf zwei Etappen zur Akzeptanz von Koalitionen: auf dem Magdeburger (1996) und dem Schweriner Parteitag (1997). Bisky orientierte seine Partei neu: Weg von der Opposition, hin zur Regierungsverantwortung. Seit dem Magdeburger Parteitag hat die PDS von ihrer Festlegung auf die Oppositionsrolle Abschied genommen. Er ist als ein deutlicher Schritt in Richtung Regierungsbeteiligung zu werten. Der nach wie vor andauernde innerparteiliche Streit in der PDS zwischen den sogenannten Reformern und Fundamentaloppositionellen geht lediglich um die unterschiedlichen Wege außerparlamentarischer Massenbewegung versus Aushöhlung des Parlamentarismus und um die

¹⁶ Disput, H. 1/1997, S. 38.

möglichen Gefahren für die PDS (Sozialdemokratisierung). Entscheidend ist jedoch, dass das Selbstverständnis der PDS sich im Laufe der Jahre unter dem Einfluss der Reformer erheblich gewandelt hat. Die PDS hat den Wechsel von einer Oppositionspartei zu einer Regierungspartei im Wartestand vollzogen.

Den innerparteilichen Kampf gegen die Ablehnung von der Übernahme von Regierungsverantwortung haben die Reformer eindeutig gewonnen. Koalitionen mit der SPD wurden schon früh vor allem von dem Vorsitzenden der Bundestagsgruppe der PDS, Gregor Gysi, propagiert. Er umwarb die Sozialdemokratie mit der angestrebten Ablösung der bürgerlichen Koalition, zu der die PDS gebraucht würde. Das alte Kompromissangebot lautete, dass ein Regierungswechsel an der PDS nicht scheitern werde.¹⁷ Dies hat sich nach der Bundestagswahl 1998 verlagert. Die PDS gibt jetzt vor, das eigentliche soziale Gewissen der Sozialdemokratie zu sein. Dies wurde auf dem PDS Parteitag 2000 in Cottbus nochmals verdeutlicht, bei dem auch der Bundesvorstand der PDS neugewählt wurde. Die Protagonisten von Koalitionen mit der SPD stellen seit der Neuwahl der Parteivorstandes die Mehrheit im Parteivorstand, wodurch der - durchaus noch vorhandene - innerparteiliche Protest immer weniger sichtbar werden dürfte.

Vor allem von dem Fraktionsvorsitzenden der PDS im Bundestag, Roland Claus, und Helmut Holter, Mitglied des Bundesvorstands und Minister in Mecklenburg-Vorpommern dürften wesentliche Impulse für eine Intensivierung der Bemühungen, auch auf Bundesebene Koalitionen mit der SPD zu schließen, ausgehen. Sie versuchten schon lange die Regierungsressentiments in den eigenen Reihen zu durchbrechen.¹⁸ Der ehemalige PDS-Landesvorsitzende in Sachsen-Anhalt, Roland Claus,¹⁹ zählte innerhalb der PDS zu den frühen Protagonisten von Regierungsverantwortung. Durch das Magdeburger Tolerierungsmodell gestärkt, hat er schon früh „Regieren, wenn es zum Tolerieren nicht mehr reicht“²⁰ zu seinem und letztlich auch zum Motto seiner Partei gemacht. Unterstützung fand Claus seit 1994 vor allem bei Helmut Holter, der in Mecklenburg-Vorpommern aus der Opposition heraus schon früh versuchte, einen Regierungswechsel herbeizuführen und Juniorpartner der SPD zu werden. Unverhohlen umwarb er die SPD, während er die PDS gleichzeitig innerparteilich aus der selbst gesteckten Oppositionsecke hinausmanövrierte.

Auch die im Oktober 2000 neugewählte Parteivorsitzende Gabriele Zimmer setzt den Koalitionskurs eindeutig fort. Inhaltlich hat die PDS eine neue Strategie entwickelt. Die PDS versucht in die Lücke der Sozialdemokratie einzudringen, die von Lafontaine freigemacht

¹⁷ Neues Deutschland, 14.1.1998.

¹⁸ dpa, 13.1.1995.

¹⁹ Seit Sommer 1997 ist Rosemarie Hein Landesvorsitzende.

²⁰ Mitteldeutsche Zeitung, 15.1.1996.

wurde. Indem die PDS die sozialdemokratischen Positionen Lafontaines übernimmt, kann sie sich als programmatisch integrativer Bestandteil der Sozialdemokratie verkaufen.

Gabi Zimmer macht zudem deutlich, dass sie gegenüber Koalitionen auf Bundesebene durchaus aufgeschlossen ist. In einem Interview mit der Welt²¹ macht sie deutlich, dass die Strategie der PDS über Koalitionen in den neuen Ländern hinausgeht. „Es muss gelingen, im Osten eine Mehrheit der Wähler davon zu überzeugen, dass eine Alternative zur Politik der CDU möglich ist. Dazu müssen wir uns auch mit der SPD über mögliche inhaltliche Schnittstellen verständigen. Das muss lange vor den Wahlen passieren, sonst gibt es zwischen den Parteien kein Vertrauen...“.²² In diesem Kontext sind auch die konkreten Annäherungen und Konsultationen der PDS mit der SPD in der Rentenfrage zu bewerten.

4. Aktuelle Koalitionsüberlegungen von SPD und PDS

Der Annäherungskurs von SPD und PDS wird unvermindert fortgesetzt. Er hat mittlerweile nur andere Dimension erfahren, da nicht mehr mit öffentlichem und politischem Druck zu rechnen ist, welcher Koalitionen verhindern könnte. SPD-Sprecher Michael Donnermeyer fasste die neue Linie mit dem Kommentar zusammen, dass die roten Socken nicht mehr stinken würden.²³ Zwar findet sich in der SPD nach wie vor vereinzelt Protest gegen unverhohlen geäußerte Bestrebungen mit der PDS zu koalieren. Allerdings wird sich die „Gretchenfrage“ im Zweifel nur noch arithmetisch-machtpolitisch stellen. Dies wurde von SPD-Generalsekretär Franz Müntefering bestätigt, der verdeutlichte, dass die Bundes-SPD ihren Umgang mit der PDS künftig nicht mehr mit Fragen der DDR-Vergangenheit belasten wolle, sondern sich nur an einem „nüchternen politischen Kalkül“²⁴ ausrichten werde. Zwar wird z.T. ein künstlicher Gegensatz zwischen der PDS auf Bundes- und Landesebene hergestellt, doch scheint es sich hier nur um eine Scheindifferenzierung zu handeln. Beide Parteien sind darüber hinaus bemüht, die wachsende Annäherung als politischen Alltag herunterzuspielen. Das in den Medien vielbeachtete Treffen von Bisky und Schröder zum Essen, wurde von Bisky als „Treffen der nüchternen Normalität“ bezeichnet. Und von Seiten der SPD hieß es, es sei ein Teil der Gespräche, die der Kanzler und SPD-Vorsitzende mit wichtigen Parteienvertretern führe.²⁵ Auch im Umgang der SPD mit der PDS-Bundestagsfraktion ist der neue Trend erkennbar. Bundesarbeitsminister Riester führte mit der PDS-Fraktion ein Gespräch über die geplante Rentenreform, das für Walter Riester ein „ein ganz normaler Vorgang“ war²⁶.

²¹ Die Welt, 21.8.2000

²² ebd.

²³ Die Welt, 12.10.2000

²⁴ Frankfurter Rundschau, 12.10.2000

²⁵ DPA-Meldung, 5.10.2000

²⁶ Rheinblick – Infoblatt der PDS-Bundestagsfraktion, Nr. 12/2000, S. 7

In den neuen Ländern wird daher auch offen über künftige Koalitionen von SPD und PDS gesprochen. In Magdeburg wurde zwar auf dem SPD Parteitag²⁷ die Kontroverse um die Koalitionsfrage auf die Zeit nach der Wahl verschoben, die PDS ist aber nach wie vor Anwärter. Dadurch können die Flügelkämpfe in der sachsen-anhaltinischen SPD, die zwischen den dominierenden Parteilinken und den Vertretern der „Rechten“, deren Arbeitskreis den Namen „neue Mitte“ trägt, verschoben werden. Zu den Befürwortern einer Koalition mit der PDS zählen Ministerpräsident Reinhard Höppner und der Fraktionsvorsitzende Rüdiger Fikentscher. Innenminister Manfred Püchel gehört zu den Koalitions- und Tolerierungsgegnern.

Auch in Berlin werden aus SPD Kreisen heraus Überlegungen über Koalitionen mit der PDS angestellt, die für die SPD eine Möglichkeit darstellen, aus der ungeliebten großen Koalition herauszukommen. Protagonist einer solchen Option in Berlin ist u.a. der ehemalige Regierende Bürgermeister Walter Momper. Momper sagte u.a., dass eine Zusammenarbeit mit der PDS kein Tabuthema mehr sein dürfe.²⁸ Auch der Fraktionsvorsitzende der PDS, Klaus Wowereit, setzt sich für eine „Normalisierung“ des Verhältnisses zur FDP ein.²⁹ Auftrieb erhielt die Debatte um mögliche Koalitionen durch die Wahl von Bärbel Grygier, die als erste Bürgermeisterin für die PDS in einem Westbezirk (Friedrichshain-Kreuzberg) mit den Stimmen von SPD und Grünen gewählt wurde.³⁰

In Thüringen sind die Vorbehalte seitens der SPD gegenüber der PDS mittlerweile auch verschwunden. Der SPD-Landesvorsitzende Christoph Matschie sagte, dass er keine „ideologischen Gründe, die gegen eine Koalition mit der PDS sprechen“³¹ sehe.

In Brandenburg wird ebenfalls mit der Karte PDS gepokert. Auch dort wurde unmittelbar nach der Landtagswahl 1999 über eine Koalition mit der PDS beraten. In Krisensituationen wird – wie z.B. bei der Frage der Abstimmung im Bundesrat über die Steuerreform – die PDS als potentieller Koalitionspartner ins Spiel gebracht.³² Befürworter in Brandenburg u.a. Regine Hildebrandt, die wegen der großen Koalition das Amt der Sozialministerin nicht wieder anstrebte. Aber auch bei Ministerpräsident Stolpe³³ besteht nur eine geringe Distanz zur PDS. Schon seit Jahren wird die PDS als potentiell koalitionsfähig gehandelt.

²⁷ Neues Deutschland, 6.11.2000

²⁸ DPA-Meldung, 3.10.2000

²⁹ Berliner Zeitung, 14.9.2000

³⁰ Neues Deutschland, 20.10.2000

³¹ Die Welt, 30.9.2000

³² Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.9.2000

³³ dpa, 29.4.1998

5. Fazit

Ob und wie die SPD mit der PDS in Zukunft Koalitionen eingeht, wird sich nur noch nach „arithmetischen“ und machtpolitischen Überlegungen stellen. Wenn die PDS für die SPD der „angenehmere“ Koalitionspartner ist, wird sie auch Koalitionen anstreben. Bislang hat die PDS ihre „Bewährungsproben“ sowohl in Sachsen-Anhalt als auch in Mecklenburg-Vorpommern bestanden und sich für die SPD als zuverlässiger Partner erwiesen. Die „moralischen“ Aspekte, welche die prinzipielle Frage nach Koalitionen von demokratischen Parteien mit Parteien stellen, deren Bekenntnis zur Demokratie zumindest zweifelhaft ist, wird nur noch vereinzelt und kaum noch im öffentlichen Diskurs gestellt. Damit hat sich die SPD eindeutig vom bislang geltenden antitotalitären Grundkonsens verabschiedet.

6. Überblick: Fraktionsstärke der PDS

Sitze	CDU/CSU	SPD	PDS	FDP	Grüne	DVU
Bundestag	245	296	37	43	47	-
Brandenburg	25	37	22	-	-	5
Berlin	76	42	33	-	18	-
Mecklenburg-Vorpommern	24	27	20	-	-	-
Sachsen	76	14	30	-	-	-
Sachsen-Anhalt	28	47	25	-	-	16
Thüringen	49	18	21	-	-	-